

Avanti ²

RSB Rhein-Neckar

Protest-Kundgebung bei GE in Mannheim, 09. November 2016



Foto: Avanti²

GE: Generelle Eliminierung Widerstand jetzt!

Der US-Konzern will ein traditionsreiches Symbol der Mannheimer Industrie und eine gewerkschaftlich Hochburg endgültig zerstören. Ohne einen konsequenten und von der Öffentlichkeit unterstützten politischen und gewerkschaftlichen Kampf droht die GEgenwehr, in einer schweren Niederlage zu

enden.

GenossInnen des RSB Rhein-Neckar verteilten deshalb am frühen Morgen des 1. Dezember vor den Werkstoren das folgende Flugblatt an die GE-Belegschaft:

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen hat sich der Konflikt um den Erhalt des Käfertaler Werks von General Electric immer weiter zugespitzt. Aber noch haben Belegschaft und Gewerkschaft kein Mittel gefunden, um GE zu stoppen.

Im Dezember wird sich der RSB mit der *internationalen sozialistischen linken (isl)* zusammenschließen. Wir werden uns dann in und mit der vereinigten Organisation für eine solidarische Welt einsetzen.

Wir wünschen Euch allen zum Jahresende gesunde Tage und einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	POLITIK
01 GE Widerstand jetzt!	05 Veranstaltung Trumpismus in den USA
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	RÜCKBLLENDE
03 Solikomitee Treffen mit der Politik	06 Spurensuche Das Hambacher Fest
04 Seminar „Organizing“ im Betrieb	06 Termine

Fortsetzung von Seite 1

Nun ist die Katze aus dem Sack! GE will das Werk in Mannheim Käfertal völlig platt machen. In drei Schritten. Erst rund 1060 Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten. Dann die restlichen Stellen im Service und der Dampfturbinenkonstruktion ins Rhein-Main-Gebiet verlagern. Und drittens die Werkshallen abreißen und das Gelände versilbern.

Obwohl ein chinesischer Konzern den gesamten Power-Bereich der ex-Alstom in Deutschland übernehmen will, lehnt GE das mit fadenscheinigen Argumenten ab.

Arbeit ist da

Letzte Woche hat der „Schließer“ Aussermeier verkündet, dass auch die Fabrik bis Oktober 2017 allein durch die Fertigung von Gasturbinen für Ansaldo ausgelastet werden kann. Zudem gibt es externe Aufträge (z. B. von VAG). Und es gibt einen Bedarf, um die stockende „Energiewende“ voranzubringen.

Nicht zu vergessen sind die umfassenden Alternativpläne des Betriebsrats. Allein mit der Produktion von Castoren könnte Arbeit für viele Jahre geschaffen werden. Und der Staat könnte dadurch massiv Geld sparen, statt es der Atomindustrie und anderen Herstellern in den Rachen zu werfen.

„Eigentum verpflichtet“?

GE missachtet zynisch das Grundgesetz (GG). Warum machen wir nicht Druck auf die Politik, sich endlich für die Einhaltung des Grundgesetzes einzusetzen?

Artikel 14 GG lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Warum fordern wir nicht die Enteignung des gierigen und skrupellosen GE-Konzerns? Warum treten wir nicht für ein Verbot von Entlassungen ein?

Warum kämpfen wir nicht für eine staatliche Garantie der Arbeits- und Ausbildungsplätze?

Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Das ist möglich. Zum Beispiel hat 1994 das Land Niedersach-

sen den von der Schließung bedrohten DASA-Standort Lemwerder übernommen und damit zunächst gerettet. Ministerpräsident war damals Gerhard Schröder.

Gemeinsam sind wir stark!

Der Kriegsführung von GE gegen Betriebsrat und Belegschaft kann nur mit massivem demokratischem Widerstand erfolgreich begegnet werden.

In den letzten Wochen und Tagen wehren sich größere Teile der Belegschaft aktiv gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Ständige Informationen beim Betriebsrat und bei der Geschäftsleitung sind gut und richtig.

Aber die Situation spitzt sich zu. Und die Zeit läuft. Deshalb helfen jetzt nur große Entschlossenheit, Mut und Solidarität.

Was tun?

Warum wird keine mehrtägige Betriebsversammlung durchgeführt?

Warum wird nicht der Schutz unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze durch Infoaktionen am Tor (wie 2014 am Tor 8) verstärkt?

Warum bleiben wir nicht alle gemeinsam im Betrieb? Auch in der Nacht?

Warum wird keine Betriebsbesetzung vorbereitet?

Wo bleiben die überbetrieblichen gewerkschaftlichen Protestaktionen?

Solche Maßnahmen der Gegenwehr stärken den Zusammenhalt aller Beschäftigten. Sie erhöhen den Druck auf GE. Sie zwingen die Politik zum Handeln, und sie rütteln die Öffentlichkeit auf.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Nur wer kämpft, kann gewinnen!



Pressemitteilung:

Arbeitsplatzvernichtung stoppen! Solidarität mit Belegschaft und Betriebsrat von GE!

Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar setzt Austausch mit der Politik zur bedrohlichen Situation in Betrieben der Region fort.

Rund 60 Personen aus Politik, betrieblichen Interessenvertretungen, Gewerkschaften und Kirchen sind am 17. November 2016 der Einladung des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar in das Mannheimer Gewerkschaftshaus gefolgt.

Betriebsräte und Vertrauensleute aus verschiedenen Betrieben der Region stellten den anwesenden Politikerinnen und Politikern nachdrücklich sehr bedrohliche Entwicklungen dar. Es besteht die große Gefahr, dass in allernächster Zukunft tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet werden.

Neben Bundestagsabgeordneten der SPD und Vertretungen von Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags nahm die Mannheimer Kommunalpolitik partei-übergreifend (CDU, Grüne, Linke und SPD) an dem konzentrierten Austausch teil.

Die Stellungnahmen der Interessenvertretungen von Bombardier Transportation GmbH Mannheim, General Electric Power AG Mannheim, Siemens Turbomachinery Equipment GmbH Frankenthal und Wabco Radbremsen GmbH Mannheim beeindruckten durch ihre ungeschminkte Analyse der Lage.

Betriebsräte übten in ihren Beiträgen massive Kritik an „gesetzeswidrigen“ und „unsinnigen“ Unternehmensentscheidungen.

Vor diesem Hintergrund sind zahlreiche Forderungen an die Politik zu verstehen. Durch ihre Umsetzung sei es möglich, Angriffe auf berufliche Existenzen, auf Rechte von Betriebsräten und auf die wirtschaftliche Substanz der Rhein-Neckar-Region besser abwehren zu können.

In diesem Zusammenhang wurde wiederholt die Einhaltung des Grundgesetz-Artikels 14 („Eigentum verpflichtet“) angemahnt. Zudem dürften nicht mehr die Folgen der oft aus Steuermitteln subventionierten Kahlschlag- und Verlagerungsstrategien von Konzernen auf Beschäftigte, deren Familien, die SteuerzahlerInnen und die ge-

setzlichen Sozialversicherungen abgewälzt werden. Schließlich müsse das Mobbing von Betriebsräten konsequent bekämpft werden.

Die im Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar zusammengeschlossenen Betriebsräte appellierten daher an die Politik, sich noch konkreter und verbindlicher auf die Seite der Abwehrkämpfe der von Werksschließung bedrohten Belegschaften zu stellen.

Breiten Raum nahm insbesondere die Diskussion der vom GE-Management systematisch und brutal vorangetriebenen Zuspitzung der Lage im Käfertaler Werk des US-Konzerns ein.

Auf dem Treffen wurde deshalb von den Anwesenden einmütig eine EntschlieÙung zur Entwicklung bei GE Power verabschiedet. Darin wird die vorbehaltlose Solidarität mit der Gegenwehr des Betriebsrats und der Belegschaft von General Electric mit einer scharfen Kritik an dem Vorgehen des US-Konzerns verbunden. GE müsse seine Kahlschlagpläne stoppen und die Alternativkonzepte des Betriebsrats ernst nehmen. Zudem dürfe das Unternehmen den realistischen Verkauf an einen Großinvestor nicht weiter blockieren und müsse die gesetzeswidrigen Angriffe auf Betriebsratsmitglieder beenden.

Eine Fortsetzung des Informationsaustausches mit der Politik ist spätestens für das Frühjahr 2016 vorgesehen.

Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, Mannheim am 18. November 2016 ■

Weitere Informationen findet Ihr unter:

www.solidaritaet-rhein-neckar.de

<https://www.facebook.com/UeberbetrieblichesSolikomitee>

Protest-Kundgebung bei GE in Mannheim, 28. November 2016



Foto: Avanti?

Spannendes Wochenendseminar zu „Organizing“

B.G.

Mit dieser Tagung am 19. und 20. November 2016 setzten wir unsere regionale RSB-Bildungs-Reihe zu aktuellen betrieblichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Themen fort.

Bekanntlich haben seit einiger Zeit große Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di den „Organizing“-Ansatz entdeckt und versuchen, ihn praktisch anzuwenden.

Wir wollten uns nicht zuletzt deshalb mit dieser Vorgehensweise auseinandersetzen.

Nach einer allgemeinen Einleitung zum „Organizing“-Ansatz gab es sogleich eine lebhaft und realitätsbezogene Diskussion. Sie drehte sich nicht zuletzt um die Möglichkeiten des politischen und gewerkschaftlichen Engagements in der heutigen Zeit.

Ein zweites Referat skizzierte die sechs Phasen eines Organizing-Prozesses wie sie insbesondere im bemerkenswerten Organizing-Handbuch der IG Metall vertreten werden. Dort wird Organizing als „eine mitglieder-, konflikt- und beteiligungsori-

enterte Offensivstrategie und eine spezifische Form der betrieblichen Kampagnenführung“ definiert.

Die darauf folgende dritte Einleitung setzte sich kritisch sowohl mit den Stärken als auch den Schwächen dieses Ansatzes auseinander. Insbesondere wurde die fehlende Einordnung des Organizing in eine kämpferische überbetriebliche politische und gewerkschaftliche Defensiv-Strategie bemängelt.

Nach sehr konkreten Diskussionen über die betriebliche Situation einzelner Seminar-TeilnehmerInnen folgte am Sonntag ein Höhepunkt der Tagung zum Schluss. Ein Zeitzeuge berichtete sehr anschaulich in Wort und Bild über die erfolgreiche Auseinandersetzung um den Verkauf der Freudenberg-Tochterfirma Bauesysteme vor 10 Jahren.

Wir hoffen, dass wir einige der erstmals bei einem unserer Seminare Anwesenden auch bei unseren Bildungsveranstaltungen im nächsten Jahr wieder begrüßen können. ■



Protest-Kundgebung bei GE in Mannheim, 28. November 2016

Nach den US-Präsidentenwahlen: Welche Folgen für das Land und die Welt?

Hat jetzt Pest oder Cholera gewonnen? Welche Interessen vertritt die Trump-Administration? Was bedeutet Trumps Sieg für den Kapitalismus in den USA und global? Wie kann die Gegenwehr gestärkt werden? Auf diese und andere Fragen wollten wir am Freitag, dem 25.11.2016, bei unserem monatlichen Informations- und Diskussionsabend Antworten suchen.

**Wir dokumentieren im Folgenden für alle,
die nicht dabei sein konnten, das Einleitungsreferat.**

Was bedeutet der Sieg Trumps?

O.S.

Trump ist die Reaktion auf eine politische Entwicklung und die Folge fehlender Perspektiven:

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer und die Mittelschicht rutscht Stück für Stück nach unten ab. Produktive Jobs wandern mehr und mehr in Niedriglohnländer ab.

Die Macht der Banken und großen Konzerne nimmt von Tag zu Tag zu. Die Politik schert sich nur noch um die kleine Minderheit der Reichen und hat die Mehrheit aus dem Blick verloren.

All dies sind Probleme, die von der traditionellen Politik direkt und indirekt verursacht wurden. Wen aber wählen, wenn die traditionelle Politik nicht die Antwort, sondern das Problem darstellt?

Die Menschen haben Trump nicht gewählt, weil er ein kluges Programm hat, sondern weil sie das politische Establishment verachten und Trump der Mann ist, mit dem man Sand ins Getriebe wirft, um größtmöglichen Schaden anzurichten.

Die Wahl war somit auch eine Rache am politischen System, dem man nicht mehr zutraut, die Interessen der Mehrheit zu vertreten.

Vor diesem Hintergrund hat sich Donald Trump im US-Wahlkampf als Vorkämpfer für die Interessen des „kleinen Mannes“ ausgegeben. Er hat versprochen, ins Ausland verlegte Arbeitsplätze zurückzuholen,

Millionen gut bezahlte neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard sowohl der Mittelschicht als auch der ArbeiterInnen kräftig anzuheben.

Er ist als „Feind des korrupten Establishments“ aufgetreten und hat angekündigt, „den Sumpf in Washington“ trockenzulegen.

Schon in der Wahlnacht dürften seine Anhänger sich verwundert die Augen gerieben haben. Nach monatelangen Forderungen, Hillary Clinton ins Gefängnis zu werfen, fand er ihr in seiner Siegesrede nur lobende Worte und zollte ihr „den höchsten Respekt“.

Es war nicht die erste Überraschung, die Trumps Wähler hinnehmen mussten. Drei Tage zuvor hatte er bereits angedeutet, Steven Mnuchin zu seinem Finanzminister machen zu wollen. Steven Mnuchin ist ein ehemaliger Goldman-Sachs-Banker und ein Intimus eines der berühmtesten Spekulanten der Welt, des Milliardärs George Soros.

Soros war in Trump-Wahlvideos als Beispiel für die unersättliche Raffgier der Ultrareichen gezeigt worden.

Inzwischen wird auch immer mehr bekannt, wer in Trumps Regierung berufen wird.

Die Wall Street sieht in all dem offensichtlich eine positive Entwicklung. So erreichten die Kurse an der New Yorker Aktienbörse neue Rekordwerte, offensichtlich angetrieben von Trumps Ankündigungen, die Einkom-

menssteuer für Spitzenverdiener zu senken, die Unternehmenssteuern von 35% auf 15% herabzusetzen, die Rüstungsausgaben zu erhöhen und die Vorschriften für die Finanzindustrie zu lockern.

All das zeigt: Trump hat seine Wähler hintergangen, jedenfalls diejenigen, die Opfer des anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs der USA sind oder dies zu befürchten haben.

Es war nie sein Ziel, dem „kleinen Mann“ unter die Arme zu greifen und seine Lebensbedingungen zu verbessern. Ganz im Gegenteil: Trump hat die Verzweiflung, die Wut und den Bildungsmangel der einfachen Leute benutzt, um ins Weiße Haus einzuziehen und von dort aus Maßnahmen zu ergreifen, die ausschließlich ihm und seinesgleichen nützen.

Trump's Wahltäuschung wird dramatische Folgen haben. Er übernimmt ein Land mit einer am Boden liegenden Realwirtschaft, einem überhitzten Finanzsektor, in dem sich riesige Blasen an den Aktien-, Anleihe- und Immobilienmärkten gebildet haben.

Außerdem findet er eine Zentralbank vor, deren Möglichkeiten bis auf weiteres Geld drucken (das zwingend in eine Hyperinflation führt) und eine weitere Absenkung der Zinsen in den Negativbereich (die das klassische Bankengeschäft der Kreditvergabe endgültig zerstört) erschöpft sind.

Unter diesen Vorzeichen werden Trumps Versprechen, Arbeitsplätze aus dem Ausland zurückzuholen und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze im ganzen Land zu schaffen, wie Seifenblasen zerplatzen.

Trump hat im Wahlkampf aber nicht nur unhaltbare Versprechen abgegeben, er hat sich auch nach Kräften bemüht, die Wut seiner Wähler anzufachen. Er hat gegen AusländerInnen, ImmigrantInnen, Behinderte und Homosexuelle gehetzt.

Er hat angekündigt, Muslimen die Einreise in die USA zu verweigern, das Land gegenüber Mexiko durch eine Mauer abzuschotten und Schutzzölle gegen die Überflutung des US-Marktes durch ausländische Waren zu erheben.

Anders ausgedrückt: Er hat die schlummernden Vorurteile großer Teile der amerikanischen Bevölkerung gegen alles ihr Fremde mobilisiert.

Die gebrochenen Wahlversprechen werden zu einer herben Ernüchterung führen, die in Wut umschlagen und sich danach mit Sicherheit gewaltsam entladen wird.

Durch das Schüren von Hass hat Trump die Stimmung enorm aufgeheizt.

Seinen Einfluss wird Trump dazu benutzen, die Wut vieler Menschen nicht gegen das Establishment und das kapitalistische System, sondern gegen Minderheiten zu richten. ■

Herbstliche Spurensuche in der Pfalz

O.G.

Am Sonntag, dem 6. November 2016, fand der diesjährige Herbstausflug des RSB Rhein-Neckar statt. Wir setzten damit unsere Reihe Spurensuche fort.

Auf dem Hambacher Schloss besuchten wir die Ausstellung zum Hambacher Fest von 1832. Interessante Parallelen zur heutigen Zeit konnten dabei gezogen werden. Zum Beispiel

der autoritäre und verleumderische Umgang mit radikaler Kritik und ihren VertreterInnen. Oder die Bedeutung eines wirksamen Internationalismus.

Nachdem wir das Schloss und seine Umgebung erkundet hatten, ließen wir den Tag in einer Pfälzer Gastwirtschaft ausklingen. ■

Blick auf die Mühlen der Ebene, Hambacher Schloss, 06.11.2016.



Foto: Avanti²

RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de
Web: www.rsb4-rhein-neckar.de



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- - DO, 01.12.2016, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- - DO, 15.12.2016, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- - SO, 18.12.2016; 16:00 Uhr, Jahresendfeier des RSB Rhein-Neckar in MA